



## Protest gegen Sozialkahltschlag

**Volksbegehren: „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“**

In den ersten beiden Monaten haben mehr als 60.000 Berlinerinnen und Berliner unterschrieben. Noch fehlen 100.000 Unterschriften, die bis Ende Oktober gesammelt werden müssen. Mach mit beim Volksbegehren!

**In dieser Ausgabe:**

**5 Fantastische Pläne - als teure PR-Aktion. Thomas Hinrichsen zu C&E Tempelhof-Wettbewerben.**

**5 Neuer alter Spiel- und Sportpark Neukölln. Marlis Fuhrmann zur Nutzung des Tempelhofer Feldes.**

**6 C&E Die Hinterbliebenen nicht nur mit Geld entschädigen. Interview mit Karim Popal, dem Kundus-Opferanwalt.**

**„Von Minaretten, Kopftüchern und Rütli schülern: Bilder eines neuen Rassismus“**

Diskussionsveranstaltung am Dienstag, dem 21. September, um 18 Uhr in der Werkstatt der Kulturen (Wissmannstraße 32) mit:

Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung (IMV), Prof. Dr. Werner Schiffauer, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder

Claudia Haydt, Informationsstelle Militarisation (IMI)

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Neukölln

**Das ist sozialer Kahltschlag:**

**D**ie schwarz-gelbe Bundesregierung will die Sanierung des Haushaltes auf die Schultern von 1,7 Millionen armen Kindern und schwangeren Arbeitslosen abladen, denen in Zukunft das El-

terngeld gestrichen werden sollen. Beim Wohngeld sollen die Heizkostenzuschüsse gestrichen werden. Das trifft vor allem Rentnerinnen und Rentner sowie Geringverdienende. Die C&E Gesundheitsreform trifft alle gesetzlich Versicherten mit höheren Beiträgen und Zuzahlungen. Aber die Krisen-

verursacher und Krisengewinnler der Finanzkrise von 2008 werden auch im Haushalt 2011 nicht zur Kasse gebeten.

**Kommt zur Demonstration am Mittwoch, dem 29. September! Beginn um 17.30 Uhr am Roten Rathaus.**

Foto: DIE LINKE

## DIE LINKE: Sarrazin in die Schranken weisen

Der geschäftsführende Parteivorstand der Partei DIE LINKE hat am 30. August die folgende Erklärung beschlossen:

1. Wir sind empört über die neuen Ausfälle von Thilo Sarrazin Deutschland mit muslimischer Herkunft, Religionszugehörigkeit, Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem Geschlecht, nur wenn wir Spaltlinien wären unfähig oder Unwillens, besser gehen wird, wenn wir Spaltlinien in die Gesellschaft zu integrieren überwinden und uns gemeinsamen, lehnen wir ab. Die Statistiken zeigen ein anderes Bild: 80 Prozent der Migranten in Deutschland einsetzen. Der einzige wirkliche Gegensatz in diesem Land ist die Unterscheidung zwischen Oben und Unten. 6. Wir bitten alle Parteiglieder, sich an den Protesten gegen Sarrazins Äußerungen zu beteiligen, indem sie ein hohes Ansehen. Nach einer Umfrage des US-Instituts Gallup artikulierten 40 Prozent der befragten Muslime eine ablehnende Haltung gegenüber Sarrazin. 7. Wir fordern den Vorstand der Bundesbank auf, umgehend bei der Bundesregierung eine Entlassung von Thilo Sarrazin aus dem Vorstand der Bundesbank zu beantragen. 2. Arbeitslosigkeit, Armut und 4. Wir stellen fest, dass Sarrazins. Wir fordern die Führungsgründe des Entstehens, bzw. die Vergrößerung auf einer ausländerfeindlichen und antisemitischen Stimmung auf Thilo Sarrazin tätig zu werden. Die Ergebnisse fehlender Intelligenz, Zynismus, die über Jahrzehnte SPD-Führung hat es selbst in der Hand, ob und wie lange Thilo Sarrazin seine menschenverachtenden Thesen als Mitglied ihrer Partei verbreiten kann. 5. Wir stellen außerdem fest, dass es der Mehrheit der Menschen in diesem Land, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem Geschlecht, nur wenn wir Spaltlinien in die Gesellschaft zu integrieren überwinden und uns gemeinsamen, lehnen wir ab. Die Statistiken zeigen ein anderes Bild: 80 Prozent der Migranten in Deutschland einsetzen. Der einzige wirkliche Gegensatz in diesem Land ist die Unterscheidung zwischen Oben und Unten. 6. Wir bitten alle Parteiglieder, sich an den Protesten gegen Sarrazins Äußerungen zu beteiligen, indem sie ein hohes Ansehen. Nach einer Umfrage des US-Instituts Gallup artikulierten 40 Prozent der befragten Muslime eine ablehnende Haltung gegenüber Sarrazin. 7. Wir fordern den Vorstand der Bundesbank auf, umgehend bei der Bundesregierung eine Entlassung von Thilo Sarrazin aus dem Vorstand der Bundesbank zu beantragen. 2. Arbeitslosigkeit, Armut und 4. Wir stellen fest, dass Sarrazins. Wir fordern die Führungsgründe des Entstehens, bzw. die Vergrößerung auf einer ausländerfeindlichen und antisemitischen Stimmung auf Thilo Sarrazin tätig zu werden. Die Ergebnisse fehlender Intelligenz, Zynismus, die über Jahrzehnte SPD-Führung hat es selbst in der Hand, ob und wie lange Thilo Sarrazin seine menschenverachtenden Thesen als Mitglied ihrer Partei verbreiten kann. 5. Wir stellen außerdem fest, dass es der Mehrheit der Menschen in diesem Land, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem Geschlecht, nur wenn wir Spaltlinien in die Gesellschaft zu integrieren überwinden und uns gemeinsamen, lehnen wir ab. Die Statistiken zeigen ein anderes Bild: 80 Prozent der Migranten in Deutschland einsetzen. Der einzige wirkliche Gegensatz in diesem Land ist die Unterscheidung zwischen Oben und Unten. 6. Wir bitten alle Parteiglieder, sich an den Protesten gegen Sarrazins Äußerungen zu beteiligen, indem sie ein hohes Ansehen. Nach einer Umfrage des US-Instituts Gallup artikulierten 40 Prozent der befragten Muslime eine ablehnende Haltung gegenüber Sarrazin. 7. Wir fordern den Vorstand der Bundesbank auf, umgehend bei der Bundesregierung eine Entlassung von Thilo Sarrazin aus dem Vorstand der Bundesbank zu beantragen.

Lesen Sie auch den Gastbeitrag von Martin Buchholz auf Seite 2

# Die Sarrazins und die Sürrüzüns oder: The Survival of the Fiestest

Gastbeitrag  
von Martin Buchholz

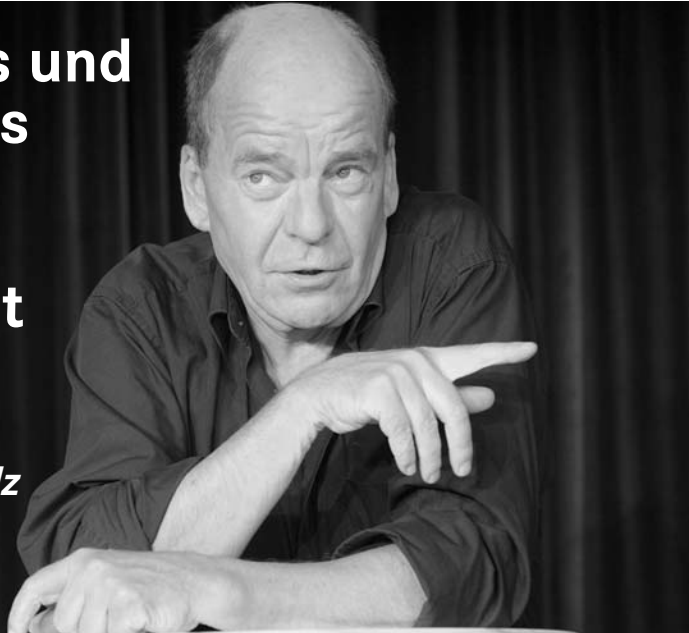


Foto: Martin Buchholz

**J**a, ich gestehe: Auch ich habe Sarrazin bereichert. Ich hatte mir sein Buch gekauft. Und ich habe es gelesen. Und ich lese nun auch in allen Gazetten viel von den Aufplustereien über seine „Provokationen, die entschieden zu weit gehen, auch wenn sie ein offenes Problem ansprechen“ (so der allgemeine Sound). Doch interessanter war das, was ich nicht gelesen habe. Das, was Sarrazin versteckt in Andeutungen und Fußnoten. Immerhin ist das nicht nur mir aufgefallen, sondern auch dem von mir ansonsten nicht sehr geschätzten Frank Schirmmacher in der „FAZ“: „Thilo Sarrazin hat nicht ein Buch geschrieben, sondern mindestens drei Bücher, die den gleichen Titel tragen. Sie sind ineinander verschachtelt wie die russischen Matroschka-Puppen. Es geht um Demographie, um Wirtschaft und dann, im innersten Kern des Ganzen, um Biologie. Wer zu der dritten Puppe nicht vorstößt, versteht das Ausmaß der Aufregung nicht. Denn im Innersten dieses Buches steckt eine vulgärdarwinistische Gesellschaftstheorie, die mit einer Unbefangenheit dargelegt wird, als hätte es die Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts nicht gegeben.“ Sarrazin beschwört als Ghostwriter die Geister (genauer: den Ungeist) einer noch längst nicht bewältigten Vergangenheit herauf, um sie zu dem zu machen, was er eine „geistige Zukunft“ nennt. Und das ist der eigentliche Skandal, der keineswegs mehr als übertriebene Provokation abgetan werden kann.

**D**er Bestseller, der jetzt in Nachauflagen bis zu 150.000 Exemplaren über die Druckmaschinen rattert, ist deshalb so gefährlich, weil er faschisti-

sche Erbmasse hundertausendfach reproduziert. Sarrazin plädiert für nichts anderes als für eine neue Selektion, und zwar für eine „positive“. Er beklagt, daß es in Deutschland keine „natürliche Zuchtwahl“ im Sinne des Darwinschen „survival of the fittest“ gäbe, sondern seit Mitte der sechziger Jahre nur noch eine „negative Selektion“. Die sei kulturell bedingt und vom Menschen selbst gesteuert und vermindert „den einzigen nachwachsenden Rohstoff, den Deutschland hat, nämlich Intelligenz“. So haben wir unseren „Humankapitalvorsprung ... sukzessive eingebüßt“, zitiert er ergänzend aus einer Studie. Also: Wir müssen endlich wieder positiv denken und uns an bewährte deutsche Traditionen erinnern, wenn wir nicht aussterben wollen: Die positive Selektion der minderwertigen Gen-Träger.

**H**umankapitalistische Intelligenz ist, so Sarrazin, wie das meiste Kapital nun einmal erblich, aber die intelligenten Schichten der Gesellschaft wissen bei all ihrer Schlauheit offenbar nicht mehr, wie man Kinder zeugt. Also rammelt die Unterschicht, vornehmlich die aus Muselmanien zugewanderte, in karnickelhafter Vermehrungssucht auf ihren Gebets-teppichen herum. So wird Deutschlands Zukunft verrammelt. Und bald ist das deutsche Volk kein deutsches mehr, sondern ein getürktes. Die Sarrazins sterben aus und übrig bleiben die Sürrüzüns. The survival of the Fiestest.

Und der kleine Rest der deutschen Volksgemeinschaft, der gerade noch übriggeblieben ist, jubelt in seiner kläglichen Masse dem Un-

tergangs-Propheten zu, dem „Klartext-Redner Sarrazin“ (so „Bild“). Aber so ganz im Klartext kann er denn doch nicht schreiben und reden. Manchmal bricht es allerdings unterschwellig aus ihm heraus, wenn er ein „Juden-Gen“ ins gesunde deutsche Volksbewußtsein bringt. (In seinem Buch schwafelt er ganze Alibi-Seiten voll, um auszuführen, daß es gerade die jüdische Intelligenz gewesen sei, die uns die Intelligenztests beschert hätten.)

**B**ei seinem sozialdarwinistischen Biologie-Unterricht kann sich Sarrazin auch auf Darwin berufen, der als obergeschichteter Viktorianer seinerzeit die Unzuchtbereitschaft der unteren Schichten beklagte. Denn „abgesehen vom Fall des Menschen“, so Darwin, „ist niemand so töricht, seine schlechtesten Tiere zur Zucht zuzulassen“. Und ebenso beruft sich Sarrazin auf Darwins Cousin Francis Galton (Seite 92 und 352), den Erfinder der Eugenik, zu deutsch „Vererbungslehre“, von Galton selbst auch „Rassenlehre“ genannt.

Galton hatte als erster die „Vererbung geistiger Eigenschaften“ gelehrt. Die Angehörigen einer „niederen Rasse“, wobei er sich hauptsächlich auf Schwarze bezog und noch nicht auf Muslime, würden auch in einer vorwiegend weißen Gesellschaft „eine wilde, unbezähmbare Ruhelosigkeit“ behalten, die „den Wilden angeboren“ sei. Beklagenswert sei, „daß es eine größtenteils völlig unvernünftige Sentimentalität gegenüber der schrittweisen Auslöschung einer niederen Rasse gibt“. Seine „wissenschaftlichen Beweise“, dass die niedere Intelligenz der Schwarzen

und ihre hohe Geburtenrate zur Auslöschung der weißen Geistesrasse führen würde, waren die Begründung für die zwangsweisen Sterilisationen, die 1911 in 24 US-Bundesstaaten gesetzlich verordnet wurden. Ein wahrhaft konsequenter Kronzeuge, den Sarrazin da für seine Selektions-Forderung benennt.

Die Reihe der offenen und verheimlichten Kronzeugen Sarrazins ließe sich noch lange fortsetzen. Erwähnen will ich noch den deutsch-amerikanischen Evolutionsbiologen Ernst Mayr, der vor Jahren in einem Grundsatz-Artikel für Springers Intelligenz-Blatt „Die Welt“ ganz in Sarrazins Sinn der selektiven Wahrnehmung frönte: „Da es in der Regel die intelligenteren Mitglieder der Gesellschaft sind, die ihre Kinderzahl einschränken, ist allein schon dieser genetische Faktor eine Störung des Status quo. Will man über dieses Ungleichgewicht hinwegkommen, muß man selektive Maßnahmen ins Auge fassen.“

**N**un könnte man Sarrazins Selektions-Phantasien ja als den Wahn eines leicht verspäteten Sozialdarwinisten abtun, wenn seine Kampfschrift als unbeachtetes Pamphlet in den Kellern eines neonazistischen Kleinverlages verrotten würde. Aber seine klammheimliche rassistische Botschaft wird massenhaft verbreitet - und „Bild“ und „Spiegel“ besorgten mit zeitgleichen Vorabdrucken in trauter Gemeinsamkeit für ihn die Öffentlichkeitsarbeit, die sich nun quer durch die Talkshows fortsetzt. Dass er mit seinem nur knapp kassierten Eugenik-Plädoyer auf offene Unterschwellen stößt, ist kein Wunder. Die Apostel der Ungleichheit hatten schon früher in der „Zeit“ (dort besonders zu der Zeit von Dieter E. Zimmer), im „Spiegel“, in der „Welt“, auch in der „FAZ“ ihre Foren. Von den entsprechenden Büchern in Millionenauflagen ganz zu schweigen.

**B**leibt nur die Frage: Gibt es ein Sarrazin-Gen? Und wenn ja, ist es eine altbekannte deutsche Erbkrankheit?

**Martin Buchholz ist mit seinem neuen Programm zu erleben vom 10. Oktober bis zum 19. Dezember: Die Wühlmäuse, Pommernallee 2-4 (direkt am Theodor-Heuss-Platz), 14052 Berlin. Vorstellungen immer sonntags um 16.30 Uhr, außer am 17.10. Karten: 030/30 67 30 11**

# Die Bundesregierung schürt Zwietracht

Europäischer Aktionstag am 29. September - Start für Sozialproteste im Herbst



„Das Haushaltsbegleitgesetz der Bundesregierung könnte auch von Herrn Sarrazin stammen.“

Das sagte die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch, zur Vorlage des Haushaltsbegleitgesetzes im Bundeskabinett Anfang September. „Die Krisenverursacher und Krisengewinnler der Finanzkrise von 2008 werden auch im Haushalt 2011 nicht zur Kasse gebeten.“ Die Sanierung des Haushaltes werde auf den Schultern von 1,7 Millionen ar-

men Kindern und schwangeren Arbeitslosen abgeladen, denen in Zukunft das Elterngeld gestrichen werden sollen.

Sarrazins Buch komme für die Bundesregierung zur rechten Zeit. Keiner solle mehr über die Ackerländer reden, die Milliarden an Steuergeldern verzockt haben, alle sollten jetzt die untauglichen Vorschläge des Herrn Sarrazin diskutieren. „Da macht DIE LINKE nicht mit!“ DIE LINKE werde weiter die Verursacher der Krise benennen und fordern, dass sie zur Kasse gebeten werden. Wenn die Banken für

den Schaden, den sie angerichtet haben, selbst aufkommen müssten, dann wäre das ganze Kürzungspaket überflüssig.

Auftakt zu den Sozialprotesten im Herbst, wird der Aktionstag der europäischen Gewerkschaften am 29. September sein. Der DGB hat als Schwerpunkt für den Widerstand gegen die schwarz-gelbe Kürzungspolitik den 13. November ausgegeben, mit regionalen Großkundgebungen unter dem Motto „Das

Kürzungspaket stoppen“. Am 29. September wird es Streiks in Griechenland und Spanien geben, aber auch Proteste in einigen Städten in Deutschland, unter anderem mit Aktionen vor Banken. In Berlin und Dresden finden an diesem Tag lokale Demonstrationen statt.

**Die Demonstration in Berlin beginnt um 17.30 Uhr am Roten Rathaus.**



Fotos: DIE LINKE

Gesine Löttsch kündigte am 12. Juni auf der Kundgebung vor dem Roten Rathaus gegen das „Sparpaket“ der Bundesregierung an: Wir kommen wieder.

## Kopfpauschale in Raten

Eine Kampfansage für alle gesetzlich Versicherten

**Geschickt gemacht: die schwarz-gelbe-Koalition hat eine Gesundheitsreform konzipiert, bei der sie ohne die Zustimmung des Bundesrates die Reste des solidarischen Gesundheitswesens demontieren kann.**

Der Beitragssatz soll angehoben werden. Für den Arbeitgeber steigt der Anteil von 7 Prozent auf 7,3 Prozent, für Arbeitnehmer und Rentner von 7,3 Prozent auf 8,2 Prozent des Brutto-Einkommens. Hinzu kommen die Praxisgebühr, Ausgaben für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, sowie die Zusatzbeiträge der Krankenkassen. In Zukunft dürfen die gesetzliche Krankenkassen diese frei festlegen. Das ist eine Lizenz zum abkassieren. Die Regierung präsentiert die unausgelegte und extrem bürokratische Idee eines Solidar- ausgleichs, der ab 2 Prozent Zusatz-

beitrag des Einkommens greifen soll, das Doppelte des bisher zulässigen Beitrags! Dadurch werden gerade Geringverdiener zu Bittstellern degradiert.

Schon heute haben wir in Deutschland kein paritätisch und solidarisch finanziertes Gesundheitswesen mehr. Arbeitnehmer, Rentner und Hartz-IV-Betroffene müssen immer mehr Gesundheitskosten schultern, während Besserverdiener sich aus der Solidargemeinschaft verabschieden und in die private Krankenkassen abwandern. In Zukunft soll dies – im Sinne der obersten 10.000 – noch leichter möglich sein.

Weit verbreitet ist noch immer die These der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Doch ein Blick in die Statistik zeigt, dass die Gesundheitsausgaben seit Jahren etwa konstant im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bleiben. Nicht die Ausgabenseite, sondern die Einnahmenseite hat sich seit Jahren verändert. Gerade durch die Finanzkrise und die seit Jahren sinkenden

Löhne sind die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen deutlich gesunken, so dass im Jahr 2011 von einem Defizit von bis zu 11 Milliarden Euro ausgegangen werden muss. Krankenhäuser, Ärzte und Krankenkassen dürfen deshalb zukünftig nicht mehr Geld ausgeben als bisher. Die hoch gepriesenen Gesetzesänderungen zur Neugestaltung der Arzneimittelpreise entpuppen sich beim genaueren Betrachtung als Scheingefecht. Was ausbleibt, ist Transparenz bei der Preisgestaltung und wissenschaftlichen Bewertung der Medikamente. Die Gesetzesnovelle berücksichtigt vorrangig die Interessen der Pharma-Firmen.

Die Regierung beschreibt in ihrer Logik schlüssig, dass das bisherige Finanzierungssystem der Krankenkassen in Zeiten von Finanzkrise und sinkenden Löhnen instabil bleibt. Ihre Antwort darauf sind Zusatzbeiträge, der Beginn einer Kopfpauschale. Wie makaber, gerade die Kleinverdiener zu belasten, die oh-

nehin von den sinkenden Löhnen gebeutelt sind. Eine wirklich stabile Lösung wäre, alle in Deutschland lebenden Menschen gemeinsam solidarisch zu versichern: Arbeitnehmer, Selbständige, Beamte, Rentner, Obdachlose, Menschen ohne Papiere usw. (Bürgerinnen- und Bürgerversicherung). Neben den Einnahmen aus Löhnen und Honoraren müssten ebenso Miet-, Pacht- und Kapitalerträge berücksichtigt werden, und zwar alle Menschen mit dem gleichen Prozentsatz. So kann eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle möglich und finanzierbar sein.

Die Erfahrung des Kasperletheaters Gesundheitsreform zeigt, dass die Bundesregierung auf alle Proteste von Lobbygruppen, wie Ärzten, Privaten Krankenkassen und Apothekern mit Änderungen der Reform reagiert. Wir sollten wir ihnen mit Protest deutlich machen, dass auch wir gesetzlich Versicherten eine Lobby haben! Auf zum heißen Herbst!

Ulrike Albrecht



# „Sparpaket“: Annahme verweigert

„Weg mit dem Sparpaket!“ – derzeit finden deutschlandweit Aktionen gegen das die schwarz-gelbe Kürzungspolitik statt. Angeregt vom „Wülfrather Appell“ ziehen Aktivistinnen und Aktivisten vor die Tore ihre Städte, um dort symbolisch „Spar-Pakete“ als unzustellbar zurückzugeben.

Am 2. August haben auch Berlinerinnen und Berliner der unsozialen Politik der Regierung eine Absage erteilt und selbstgebastelte Päckchen mit der Aufschrift „Sparpaket - Annahme verweigert!“ zum Ortsausgangsschild an der Grenze zwischen Berlin-Neukölln und dem brandenburgischen Großziethen gebracht. „Natürlich haben auch die Brandenburger das Sparpaket nicht ver-

dient“, stellten die Mitglieder der Partei DIE LINKE klar. Jede Symbolik hat eben ihre Grenzen. Ähnliche Aktionen fanden bis zum 6. September in 152 Städten statt, unter anderem in Borna, Leipzig, Markkleeberg (Sachsen), Hohenleuben (Thüringen), Neviges, Velbert, Wülfrath (NRW), Berlin-Hellersdorf und Saarbrücken (<http://sarpaketwette.wordpress.com>).

Hintergrund ist eine Wette: Wenn bis Ende September 200 Städte diesen Protest durchführen, gibt es eine Spende von 2.000 Euro für die Initiative „Milch für Kubas Kinder“.

Die Berliner ließen schließlich ihre „Spar-Pakete“ auf dem Container der Altkleidersammlung stehen, der direkt am Ortsschild steht. „Genau wie die Tafeln sind Altkleidercontainer ein Ausdruck normal gewordener Armut. Es ist ein Skandal, dass solche Einrichtungen nötig sind“, betonten die Aktivistinnen. Die meisten der Teilnehmer wohnen im Norden Neukölln. Bereits vor In-



Fotos: Ulrike Albrecht

Annahme verweigert! Das „Sparpaket“ wurde vor der Stadtgränze abgelegt.

krafttreten der schwarz-gelben Kürzungspläne ist der dortige Kiez von starken sozialen Problemen geprägt. „Die kleinen Leute sollen die Kosten der Krise zahlen, besonders in Neukölln wird dann die Armut noch mehr wachsen. Die Ortsschil-

der-Aktion war nur der Anfang des Widerstandes.“ Die Aktivistinnen wiesen auf den europaweiten Aktionstag am 29. September und die gewerkschaftliche Mobilisierung zum 11. November hin.

Carsten Albrecht

## Termine: DIE LINKE Neukölln

### Mitgliedervollversammlung DIE LINKE Neukölln

**Freitag, 17.9. von 18 bis 21 Uhr** im Wetzlar-Zimmer des Rathaus Neukölln in der Karl-Marx-Straße 83 in 12043 Berlin (U7 Rathaus Neukölln).

Tagesordnung (Vorschlag):

1. Begrüßung und Konstituierung
  2. Krisenproteste gegen Bundesregierung im Herbst
  3. Vorstellung des Entwurfes „Linkes Programm für Neukölln“
  4. Ankündigungen und Termine
- Gäste sind herzlich willkommen.

### Bezirksvorstand

**Donnerstag, 16.9., 19 Uhr**

**Donnerstag, 30.9., 19 Uhr**

**Donnerstag, 14.10., 19 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Arbeitsgruppe

„Linkes Programm für Neukölln“

**Mittwoch, 6.10., 19 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Hermannstraße

**Mittwoch, 15.9., 19 Uhr**

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

**Mittwoch, 29.9., 20 Uhr**

Mitgliederversammlung, Wahl eines Koordinierungskreises, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

### BO Reuterkiert

**Dienstag, 14.9., 18 Uhr**

Info-Aktion zum Volksbegehren Wasser, Ankerklaus, Kottbusser Damm

**Dienstag, 29.9., 19 Uhr**

Info-Aktion zum Volksbegehren Wasser, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

### BO Rixdorf

**Dienstag, 14.9., 17 Uhr**, Info-Stand, Karl-Marx-Straße 92 (vor Aldi)

### Donnerstag, 23.9., 19 Uhr

Versammlung, Thema: Das sog. Sparpaket der Bundesregierung  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### Donnerstag, 7.10., 19 Uhr

Versammlung, DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Süd

**Dienstag, 14.9., 18 Uhr**, Versammlung der BO Süd, Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz

**Dienstag, 21.9., 18 Uhr**

Info-Stand am Bat-Yam-Platz

**Dienstag, 28.9., 18 Uhr**

Aktion der BO am Bat-Yam-Platz

### AG Hartz IV

**Mittwoch, 13.10., 17.30 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Kostenlose Hartz-IV-Beratung

**Mittwoch, 22.9., 14 bis 16 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Erwerbsloseninitiative Neukölln

**Dienstag, 21.9., 11 bis 14 Uhr**

Erwerbslosenfrühstück  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### Filmabend: „Wasser unterm Hammer“

**Dienstag, 21.9., 19 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Afghanistan: Das wahre Gesicht des Krieges

**Dienstag, 5.10., 19 Uhr**

Richardplatz 16: Christine Buchholz (MdB DIE LINKE) informiert über ihre Gespräche mit Hinterbliebenen und Verletzten des Bombadaments von Kundus am 4.9.2009.

### Weitere Termine im Internet:

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

## DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

**DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.**

**Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, [franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de](mailto:franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de)) gerne zur Verfügung.**

**Die Arbeitsgruppe Hartz IV von DIE LINKE. Neukölln trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16. Das nächste Treffen findet am 13. Oktober statt.**

## Gemeinsam für ein gutes Leben in Neukölln

Während der Sommermonate hat die Programmkommission des Bezirksvorstands der Neuköllner LINKEN den ersten Entwurf für ein „Linkes Programm für Neukölln“ erarbeitet.

In neun Kapiteln werden Vorschläge zum gemeinsamen Handeln gemacht: Haushalt und Finanzen, Gute Arbeit und Kampf gegen Armut, Bildung, Gesundheit, Wohnen und

Miete, Kultur, Antifaschismus und Antirassismus, Direkte Demokratie sowie Stadtplanung, Umwelt und Verkehr. Vorgestellt wird dieser Entwurf auf der Mitgliederversammlung am 17. September und danach im Internet unter [www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de) veröffentlicht. Nach Diskussion mit allen Interessierten soll es Grundlage für die Wahlen 2011 der Neuköllner LINKEN werden.

# Fantastische Pläne - als teure PR-Aktion



Foto: Andreas Schlüter

Seit einem halben Jahr haben die Menschen das Tempelhofer Feld in Besitz genommen, nahezu konfliktfrei.

**Fast eine halbe Million Euro hat die SPD-geführte Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung seit dem 8. Mai für öffentliche Inszenierungen ihrer Bebauungspläne für das Tempelhofer Feld ausgeben.**

Der Gipfel: Ein internationaler Architekturwettbewerb für das Feld liefert keine an den Menschen und an den Klimabedingungen orientierten Ergebnisse.

Dieser Wettbewerb dient nur einem Zweck: Das riesige Areal für internationale Investoren begehrt zu machen.

Alle zum Wettbewerb eingereichten Pläne gehen davon aus, dass der Rand des Feldes, immerhin ein Drittel der Fläche, für Wohn- und Gewerbe zwecke bebaut wird. Renommierte Landschaftsarchitekten nehmen es hin, wenn in der Folge die am Rande des Feldes stehenden Bäume abgeholzt werden. Sie entwerfen fantastische Szenarien für eine Gestaltung des kläglichen Restes als „Parklandschaft Tempelhof“.

Die Menschen brauchen solche Spielereien nicht. Seit einem halben Jahr haben sie das Tempelhofer Feld für ihre Zwecke in Besitz genommen. Vielfältiger Sport, Laufen, Skaten, Radfahren, Strandsegeln und Drachenfliegen ragen heraus. Grillen, Sonnenbaden, Auslauf mit dem Hund: Das Feld mit seiner einzigartigen Sichtweite und dem immer wehenden Wind zieht als „Wiesenmeer“ Jung und Alt an.

Senatorin Junge-Reyer (SPD) spricht von „bürgerschaftlichen Aneignungsaktivitäten“. Ja, die Menschen nutzen das Feld nahezu konfliktfrei für ihre Freizeitbedürfnisse.

Sie brauchen dafür keine fantastischen Pläne, sondern nur eins: Das Feld bleibt so wie es ist. Es wird nur behutsam in die Gestaltung eingegriffen. Auf die Bebauung mit Luxuswohnungen und Gewerbebesiedlungen muss der Senat verzichten.

Thomas Hinrichsen

Die prämierten Entwürfe des Wettbewerbs siehe: [www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/wettbewerbe/ergebnisse/2010/parklandschaft\\_tempelhof/ergebnis.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/wettbewerbe/ergebnisse/2010/parklandschaft_tempelhof/ergebnis.shtml)

## Neuer alter Spiel- und Sportpark Neukölln

**Das Tempelhofer Feld hat viele Qualitäten, die jetzt von den Nutzerinnen und Nutzern erkundet werden.**

Auf dem Tempelhofer Feld befinden sich bereits von den Amerikanern gestaltete Freizeitanlagen wie die Sportplätze am Columbiadamm und der unter Bäumen gelegene Biergarten samt Grillplatz und luftiger Halle. Sie sind beliebt wegen ihrer besonderen Aufenthaltsqualitäten und zeichnen sich durch Spielfelder, Sitzgelegenheiten und schattige Bereiche aus. Die offene baumlose Binnenfläche ist unverzichtbares optisches Zentrum des Ganzen und lädt zum Durchqueren, weniger zum Verweilen ein. Außerdem steht sie - bedingt durch die Flächenansprüche des Naturschutzes und bald auch einer Gartenbauausstellung (IGA 2017) - nur eingeschränkt zur Verfügung.

Ursprünglich bestand auch entlang der Neuköllner Oderstraße ein 300 Meter breiter abwechslungsreicher gestalteter Parkstreifen - der Spiel- und Sportpark Neukölln. Als wohnungsnaher Volkspark vermittelte er zwischen dem Tempelhofer Feld und der Siedlung einer gewerkschaftsnahen Wohnungsbaugesellschaft. Während den Gartenarchitekten Konrad Glockner kaum einer mehr kennt, zählen mehrere der dem „Neuen Bauen“ verpflichteten Berliner Wohnanlagen Bruno Tauts zum Weltkulturerbe.

Dabei galt für den Neuköllner Park in den 1920er Jahren der gleiche hohe soziale und gestalterische Anspruch. Die Anwohner sollten sich sportlich betätigen und gepflegte Gartenbereiche nutzen können. Zusätzlich zum heute noch bestehenden Stadion mit seinen alleeartigen Umgängen wurden diverse weitere Sport- und Spielberei-

che zur Verfügung gestellt. Für die Kinder waren eigene heckengefäßte Rasen- und Sandspielplätze sowie ein großes Planschbecken gedacht. Dem besinnlichen Genuß dienten Blumengärten mit Rosen etc. Die Parkanlage überstand den 2. Weltkrieg, wurde aber zur Verlängerung der Landebahnen größtenteils abgeräumt. Die benachbarte Hasenheide konnte die zahlreichen Nutzer kaum aufnehmen.

Trotz Öffnung des Tempelhofer Feldes weist Neukölln auch aktuell einen Mangel an zu Fuß zu erreichbaren Erholungsbereichen auf. Sie sind wichtig für Menschen, die nicht weit laufen können oder wollen und einigen Komfort schätzen. Dazu gehören Senioren und Familien mit kleinen Kindern, aber auch Gruppen aus dem Kiez. Für sie sollte der Spiel- und Sportpark in seiner Vielfalt wieder entstehen. Nicht genauso wie er war, aber doch seine kostenfreien Angebote.

Wiederaufnahmen kann man das Gerüst kleinteiliger mit Hecken (oder durch mit Ziegeln gefüllte Schanzkörbe) gebildeter Gartenräume. Es hat sich beim dem Park anzugliedernden ehemaligen Thomasfriedhof bewährt. Mögliche Nutzungen wie ein Wasser- und Sandspielplatz, vielleicht ein Schulgarten, Blumen- und Staudenbereiche sowie ein seniorenrechtlicher Sportplatz können einfach eingepaßt werden. Nicht zuletzt fordert die vom Senat zugebilligte Pioniernutzung hier ein Betätigungsfeld. Es soll allerdings eine dauerhafte Nutzung und kein Platzhalter für eine künftige Bebauung sein!

Die Finanzierung soll aus dem Topf der ungeliebten künftigen Gartenschau erfolgen. Vielleicht kann auch die Gartendenkmalpflege, die gerade eine ähnliche Anlage am Schillerpark im Wedding betreut, etwas beisteuern.

Marlis Fuhrmann



# Bomben-Massaker von Kundus: Den



Am Nachmittag des Jahrestages des Bombardements fand am Brandenburger Tor eine Kundgebung der Friedensbewegung statt. Es wurden Unterschriften gesammelt für den Appell „Den Krieg in Afghanistan beenden - zivil helfen“.

**Am 4. September 2010 jährte sich zum ersten Mal die Bombardierung, bei der in der afghanischen Provinz Kundus mindestens 140 Menschen starben, darunter Jugendliche und Kinder.**

Das Bombardement erfolgte auf Befehl der Bundeswehr. Am ersten Jahrestag luden ein Bündnis der Friedensbewegung und Organisationen, Attac, der Partei DIE LINKE und Teilen der Grünen abends zu einer Gedenkveranstaltung in die Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin-Kreuzberg. Bundesregierung und Bundestag hatten zuvor den Vorschlag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt, den Opfern dieser Bombardierung ein würdiges Gedenken im Bundestag zu bereiten.

Erinnern wir uns: Um 15.30 Uhr am 3. September 2009, gab es den ersten Toten: Taliban hatten zwei beladene Tanklaster entführt und einen der beiden Fahrer erschossen. Das geschah in etwa acht Kilometer vom Bundeswehr-Camp bei Kundus entfernt. Das war kurz nach 19 Uhr dem Gouverneur bekannt, der daraufhin

auch die Bundeswehr informierte. Um 23.14 Uhr wurden beide LKW durch ein US-Flugzeug auf einer Sandbank im Kundus-Fluss geortet. Aus den umliegenden Dörfern kamen zahlreiche Menschen zu den Lastern im Fluss. Es müssen zuletzt rund 140 Taliban und Zivilisten gewesen sein. Um 21.12 Uhr wurde der Bundeswehr-Kommandeur des PRT – das steht für Provincial Reconstruction Team – informiert. Der setzte sofort auf Zerstörung und forderte einen Luftsatz an. Um 23.49 Uhr trafen zwei F-15 ein. Die Piloten wollten die Menschen durch Tiefflüge erschrecken und vertreiben. Die Bundeswehr lehnte ab und forderte, die Bomben zwischen den Lastern zu platzieren, wo sich viele Menschen befanden. Und so geschah es. Zwei Bomben töteten alle: Junge und Alte, Zivile und Kämpfer. Nach Deutschland kam die Nachricht von diesem Massaker nur kleckerweise und so wirr, dass schon bald ersichtlich war, dass hier kräftig gelogen wurde: Zwei Monate lang behaupteten Bundeswehr und Politiker der Regierungsparteien, der Angriff sei angemessen gewesen und zivile Opfer habe es, wenn überhaupt, nur in kleinem Umfang gegeben.

## „Die Hinterbliebenen der Opfer nicht nur mit Geld entschädigen.“

### Interview mit Rechtsanwalt Karim Popal

Herr Popal, Sie vertreten als Anwalt die Opfer des Bombardements, die am 4. September im Gebiet Kundus auf Befehl der Bundeswehr ums Leben gekommen sind oder schwer verletzt wurden. Wer waren diese Opfer, können Sie uns bitte einen typischen Fall erläutern?

**Karim Popal:** Die Opfer sind Dorfbewohner aus sieben Dörfern aus dem Distrikt Chardara. Alle Opfer sind Bauern, Viehtrieber und Tagelohnarbeiter. Zum großen Teil waren sie bei internationalen Institutionen oder bei Großgrundbesitzern als Tagelohnarbeiter beschäftigt. Es gibt kein einziges Opfer, das über Vermögen verfügt. Zum Beispiel die Familie des getö-

teten Nouralam: Der Vater Mohammad Alen stammt aus dem Dorf Isakhel, 50 Jahre alt, von Beruf Bauer. Seine Frau Bibilal ist 50 Jahre alt und Hausfrau. In der Familie leben Großmutter und Großvater väterlicherseits. Nouralam hat fünf Geschwister hinterlassen, zwischen zwei und neun Jahren. Die Kinder,

aber auch der dreizehnjährige Getötete, haben zum Lebensunterhalt beigetragen und gelegentlich als Viehtreiber oder an anderen landwirtschaftlichen Arbeiten teilgenommen.

Auf der Pressekonferenz der Friedensbewegung am 2. September



Rechtsanwalt Karim Popal, Bremen

2010 haben Sie über finanzielle Leistungen der Bundesregierung berichtet und angekündigt, trotzdem gerichtlich Klage zu erheben, um Entschädigungen für die Hinterbliebenen und Verletzten zu erreichen. Weshalb?

**Karim Popal:** Zunächst möchte ich darauf hinzuweisen, dass die 5.000 Dollar von der Bundesregierung nicht bei allen Familien angekommen sind. Nach meinen Auskünften sind acht Familien von den Zahlungen durch die Kabul-Bank ausgeschlossen worden. Die Kabul-Bank hat Pleite gemeldet. Es gibt Hinweise, dass die korrupten Regierungen in Kabul und Kundus beim Konkurs der Kabul-Bank eine große Rolle spielten. Die Kabul-Bank galt als ein Zentrum für Gelder der Drogenbarone und Kriegslords. Die Bundesregierung hat meine Vorschläge für Projekte zurückgewiesen. Durch diese Projekte könnten alle Hinterbliebenen der Opfer unterstützt werden. Statt dessen ist sie hinter meinem Rücken mit Hilfe der korrupten Kundus-Regierung an meine Man-

Foto: Lucia Schnell

# Opfern Namen und Gesicht geben

Als der Anwalt vieler Angehörigen der Opfer von Kundus, Karim Popal, am 4. September 2010 in der Berliner Heilig-Kreuz-Kirche anfangen zu reden, waren die Tage um den 4. September 2009 wieder präsent.

Noch am Morgen hatte er mit Angehörigen der Opfer von Kundus telefoniert. Er übermittelte ihre Botschaften und berichtete wie die Bombardierung das Leben der Familien in den betroffenen Dörfern zerstört hatte.

Es war ein eher stiller Abend. Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Christine Buchholz und Jan van Aken, sowie der Abgeordnete der Grünen, Hans-Christian Ströbele, sprachen über ihren Besuch in Kundus Anfang Februar des Jahres, über ihre Gespräche mit Hinterbliebenen und Überlebenden. Dr. Modjadji, Vorsitzender des Vereins für Afghanistan-Förderung e. V., betete auf Arabisch und Deutsch für die Opfer des Krieges. Angelika Clauben von der IPPNW sprach über das Thema Traumatisierung und Krieg. Muslimische und Christliche Redner forderten genauso wie die Vertreter der Friedensbewegung das Ende des Krieges.



In der Heilig-Kreuz-Kirche sprachen die Bundestagsabgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz (Bild oben) und Christian Ströbele über Begegnungen mit Hinterbliebenen. Mitglieder der Berliner Symphoniker gestalten den musikalischen Rahmen mit Werken von Mozart und Jacques Ibert.

## Afghanistan - Das wahre Gesicht des Krieges

Um sich ein eigenes, unabhängiges Bild zu verschaffen, bereisten die Bundestagsabgeordneten der LINKEN Christine Buchholz und Jan van Aken für den Kundus-Untersuchungsausschuss des Bundestages im Frühjahr 2010 die Krisengebiete. Sie sprachen mit Überlebenden und Hinterbliebenen von Opfern des Bombardements von Kundus.

DIE LINKE.Neukölln zeigt vom 4. September bis zum 14. November eine Ausstellung mit bewegenden Bildern und aufschlussreichen, informativen Texten, die bei dieser Reise entstanden ist. Ein Begleitheft dazu ist kostenlos erhältlich.

**Am 5. Oktober um 19 Uhr wird Christine Buchholz in den Räumen der LINKEN in Neukölln am Richardplatz 16 einen Diavortrag über ihre Erlebnisse und Eindrücke während dieser Reise halten. Der Eintritt ist frei.**

Fotos: Jakob Huber

danten herantreten und hat versprochen, 5.000 Dollar pro Familie zu zahlen. Diese Summe ist sehr niedrig, auch für die Verhältnisse in Afghanistan. Sie kann den Lebensunterhalt der Familien der Opfer nur für ein paar Monate sichern. Hinzu kommt, dass die Gelder nicht an die Betroffenen Frauen und Kinder gezahlt wurden. Weil die Bundesregierung hartnäckig die Ärmsten der Armen nicht entschädigt, aber Milliarden für den Krieg ausgibt, ist eine Klage für die Geschädigten notwendig. Sie haben durch den Krieg ihre Ernährer verloren. Witwen und Kinder ohne Rechte sind auf Unterstützung angewiesen.

*Gab es von Ihrer Seite auch andere Vorschläge, um den Hinterbliebenen und Verletzten zu helfen, als durch die Zahlung von individuellen Entschädigungen?*

**Karim Popal:** Die Hinterbliebenen der Opfer kann man in Anbetracht der politischen Lage Afghanistans nicht nur mit Geld entschädigen. Die Gelder kommen

nicht bei den Frauen und Kindern an, vielmehr bei den männlichen Familienvertretern, die oft entfernte Verwandte sind. Daher wäre es vernünftig, wenn durch Projekte, wie zum Beispiel Viehzucht, Landwirtschaft, Waisenhäuser, Teppichknüpferei, allen Hinterbliebenen ein sicheres Leben ermöglicht würde. Die Frauen könnten selbstständig werden, dort Arbeit finden und ihre Arbeit als von Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Diesen Vorschlag hat das Verteidigungsministerium mit dem Argument zurückgewiesen, dass es dort keine Sicherheit gäbe. Das Verteidigungsministerium verwickelt sich dabei in erhebliche Widersprüche. Zum einen arbeiten dort mehrere Institutionen für Entwicklungshilfe mit verschiedenen Mikroprojekten, zum Beispiel die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). Aber wenn es um Projekte für die Hinterbliebenen geht, soll es angeblich keine Sicherheit geben. Zahlreiche Institutionen haben bestätigt, dass die beste Hilfe für die Hinterbliebenen Projekte wären, wie ich sie vorgeschlagen habe.

*Die Bundesregierung setzt alles daran, die Opfer des Krieges in Afghanistan aus der öffentlichen Debatte herauszuhalten. Was meinen Sie, sind die Gründe dafür?*

**Karim Popal:** Selbstverständlich hat die Bundesregierung daran großes Interesse. Die amerikanischen Soldaten töten täglich in Afghanistan Zivilisten. Allein in meinem Büro habe ich mehr als 60 Vollmachten von Angehörigen von Zivilisten, die durch die Amerikaner getötet worden sind. Die amerikanische Regierung hat während der Bush-Zeit den Krieg in Afghanistan als Krieg gegen den Terrorismus erklärt und jegliche zivilrechtliche Ansprüche in diesem Krieg ausgeschlossen. Meine Kollegen in den USA bedauern dies, da man dort nicht klagen kann. Diese Methode ist auch durch europäische Politiker diskutiert worden. Nicht umsonst hat vor kurzem Außenminister Westerwelle die Tötungen in Afghanistan als legal erklärt. In Wahrheit ist dieser Krieg in Afghanistan ein Krieg gegen die afghanische Bevölkerung. Drogenbarone sind an der Regierung be-

teiligt, Kriegslords stellen Minister und Kommandanten und arbeiten zusammen mit Amerikanern und ISAF. Die Milliarden, die in Afghanistan ausgegeben werden, werden von Drogenbaronen und Kriegslords und der afghanischen Regierung mit Hilfe von Europäern und Amerikanern veruntreut. Die Kommandanten der Kriegslords sind alle Millionäre geworden. Die einzig leidtragende ist die Zivilbevölkerung, vor allem Frauen und Kinder. Täglich sterben in Afghanistan Kinder. Einen solchen Krieg in der Öffentlichkeit zu haben, ist ein Dorn im Auge der Kriegsbetreiber. Daher ist es verständlich, dass Teile der Medien indirekt Sprachrohr der Regierung sind und entweder falsch berichten oder überhaupt nicht berichten. Das ist ein skandalöser Vorgang. Daher fordere ich alle Menschen auf, die Frieden lieben und für die Welt Frieden wünschen, ihre Stimme laut gegen diesen Krieg in Afghanistan zu erheben.

*Das Interview für „Neu-Köllnisch“ führte Klaus-Dieter Heiser*



## Neu-Köllnisch

SEPTEMBER 2010

**Neu-Köllnisch** erscheint 10 x im Jahr  
**Herausgeber:** DIE LINKE,  
 Landesverband Berlin  
 Auflage dieser Ausgabe: 3.000  
**V.i.S.d.P.:** Klaus-Dieter Heiser  
**Kontaktadresse:** DIE LINKE Neukölln  
 Richardplatz 16, 12055 Berlin,  
 Tel./Fax: 6 13 59 19

**Redaktionsschluss:** 6.9.2010  
 Beiträge für die nächste Ausgabe  
 bitte bis zum 22.9.2010

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
 müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
 gebers entsprechen.

## Der Himmel über Neukölln

**Wenn man auf einer Wiese steht und nach oben schaut, ist dort der Himmel. Aber wo fängt der Himmel an? Mit Hilfe eines Ballons wollen junge Forscher im Comenius-Garten die Distanz vermessen.**

In Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut wird im Comenius-Garten bereits seit 2003 geforscht. In diesem Jahr ist es die Frage, „Wie weit ist es bis zum Himmel?“ Die Fragen werden von Kindern gestellt. Es geht dann darum, Methoden zu suchen, um Antworten zu finden. Alle Varianten werden ausprobiert, wobei das Ergebnis nicht von vornherein feststeht.

*Das Projekt „Der Himmel“, Wissenschaftler und Kinder (fünf bis zwölf Jahre) erforschen den Himmel, wird vom Quartiersmanagement Ganghoferstraße unterstützt. Bis zum 31. Oktober jeden Tag von 16.30 bis 18.30 Uhr, außer sonntags, in der Richardstraße 35 in 12043 Berlin.*

## DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:  
 Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

**Nimm Kontakt zu uns auf:**

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,  
 ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71  
 irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

**DIE LINKE.Neukölln**, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 07/2010 - SEPTEMBER



Foto: Jakob Huber

**Die schwarz-gelbe Regierung hat sich geeinigt: Deutsche Atomkraftwerke dürfen bis zu 14 Jahre länger laufen, als im Jahr 2000 vereinbart wurde.**

Michael Salter, Mitglied der Reaktorsicherheitskommission, sagt: „Das Störfallrisiko erhöht sich durch die Lauf-

zeitveränderung mit jedem Jahr. Das liegt in der Natur der Sache.“

Hauptprofiteure sind die vier Energieriesen E.on, RWE, EnBW und Vattenfall, die 80 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms produzieren. Sie werden damit bei moderat steigenden Strompreisen 94 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne einstreichen. Mit rund 27 Milliarden Euro würden davon nur knapp ein Drittel vom Staat kas-

siert. Das Problem der Endlagerung des Atomabfalls ist weiter ungelöst. Die energiepolitische Wende ist auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben, da die Atomkonzerne den Strommarkt weiter uneingeschränkt dominieren.

**18. September, 13.00 Uhr:  
 Auftakt auf der Wiese vor dem Reichstag und Beginn des Demonstrationzugs zur Umzingelung des Regierungsviertels.**

## 100 Jahre Passage

Der erste offene Passagenbau Berlins wird 100. Mit einem bis heute gleich gebliebenen Mix aus Kultur, Kommerz und Wohnen, ist er eines der herausragenden Baudenkmäler Neuköllns. Die Passage befindet sich zwischen der Karl-Marx-Straße und der Richardstraße, am U-Bahnhof Karl-Marx-Straße. Das Jubiläum wird gefeiert: mit einer Ausstellungseröffnung am Sonnabend, 11. September, um 19 Uhr, der Stummfilmnacht mit Salonorchester ab 20 Uhr. Am Sonntag geht es dann um 14 Uhr weiter.

## Kietzfest Ganghofer

Das erste Kietzfest des Quartiersmanagements Ganghoferstraße findet am 18. September ab 12 Uhr im Wörnitzweg (Rixdorf) statt. Das Fest soll sich von anderen unterscheiden: der Schwerpunkt liegt auf Spiel, Bewegung und Gesundheit. Dazu passend findet parallel der 3. Integrationslauf unter dem Motto „Berlin rennt durch Neukölln“ statt, zu dem mehrere hundert Läuferinnen und Läufer erwartet werden. Wer mitmacht, der hat die Wahl zwischen Strecken von 2,5 bis 10 Kilometer.

## „El Proceso“

Noch bis zum 7. Oktober wird die Ausstellung „El Proceso“, Dokumentation einer Reise nach Caracas, in der Galerie Olga Benario in der Richardstraße 104 gezeigt. Collagen aus Fotografien, Text und Interviewausschnitten porträtieren die Akteure und Schauplätze des Wandels. In der venezolanischen Hauptstadt organisieren sich die einst marginalisierten Bewohner zum Beispiel in Stadtteilräten. Programm und Begleitveranstaltungen unter:  
[www.galerie-olga-benario.de](http://www.galerie-olga-benario.de)

## Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.  
 Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.  
 Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon: .....